

Politik für die Menschen

in Offenbach – Unser
Rückblick 2025

Die Linke

Fraktion
Offenbach-Stadt

Impressum	4
Vorwort	5
Das sind wir	6
Unsere Anträge	9
Mietenwahnsinn stoppen	10
Busse, Bahnen und fahrscheinfreie Tage	12
Kultur braucht öffentliche Orte	14
Bildung muss gerecht sein	18
Links wirkt!	20
Ausblick	22
Nachweise	23



Fraktion
Offenbach-Stadt

Für Fragen und Anregungen zu unserer politischen Arbeit sind wir immer offen.
Schreibe uns über Instagram, Facebook oder per Mail, oder rufe uns einfach an.

Die Linke Fraktion Offenbach-Stadt
Berliner Str. 100, 63065 Offenbach am Main
Telefon: 069 8065 2922
E-Mail: die-linke-fraktion@offenbach.de
V.i.S.d.P. Marion Guth, Fraktionsvorsitzende

Stand: Dezember 2025

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfstücken verwendet werden!

Liebe Offenbacher*innen,

was macht eigentlich Die Linke Fraktion im Stadtparlament? Dazu wollen wir mit diesem Heft einige Antworten geben.



Gizem Erinç-Çiftçi und Marion Guth
Fraktionsvorsitzende

Schwerpunkte unserer Arbeit waren der Kampf gegen zu hohe Mieten und für mehr öffentliche Räume, die von den Menschen in Offenbach genutzt werden können.

Wir fordern eine Anlaufstelle für Mietwucher. Wir setzen uns dafür ein, dass Wohnungen nicht auf Dauer als Ferienwohnungen vermietet werden dürfen. Wir fordern ein städtisches Konzept, das private Eigentümer*innen motiviert, leerstehende Wohnungen wieder zu vermieten.

Als Linke sind wir der Meinung, dass öffentlicher Raum öffentlich nutzbar sein muss. Wir setzen uns für mehr Sonnenschutz auf Spielplätzen und für den Erhalt des Schultheis-Weiher als Bademöglichkeit ein. Wir fordern, dass die Räume der Stadtbücherei weiter öffentlich und kulturell genutzt werden, wenn die Bücherei in die Station Mitte zieht.

In vielen Punkten waren wir erfolgreich, bei anderen bleiben wir dran. Auch in Zukunft braucht Offenbach eine linke Politik, damit die Stadt für alle Menschen lebenswert ist.

Mit solidarischen Grüßen
Gizem Erinç-Çiftçi und Marion Guth
Fraktionsvorsitzende, Die Linke
Offenbach



Gizem Erinç-Çiftçi

Fraktionsvorsitzende

Haupt-, Finanz-, Digitalisierungs-, und Beteiligungsausschuss, Kommission zur gesellschaftlichen Gleichstellung der Frau, Regionalversammlung Südhessen, Landeswohlfahrtsverband, Betriebskommission ESO Stadtservice GmbH



Marion Guth

Fraktionsvorsitzende

Stellvertretende Stadtverordnetenvorsitzerin, Ausschuss für Soziales und Integration, Jugendhilfeausschuss, Betriebskommission MainArbeit, Kommission zur gesellschaftlichen Gleichstellung der Frau, Verwaltungsausschuss Jugendbildungswerk

Aufsichtsrat: GBO - Gemeinnützige Baugesellschaft mbH Offenbach



Sophie Steiner

Stadtverordnete

Fachausschuss Hilfen zu Erziehung und Beratung, Ehrungskommission, Denkmalbeirat, Sportkommission, Betriebskommission Eigenbetrieb Kindertagesstätten Offenbach

Aufsichtsrat: OPG - Offenbacher Projektentwicklungsgesellschaft mbH



Markus Philippi

Stadtverordneter

Ausschuss für Umwelt, Stadtplanung, und Verkehr, Volkshochschulkommission

Aufsichtsrat: MMO - Main Mobil Offenbach GmbH, INNO - Innovationscampus Offenbach



Peter Schnell

Stadtverordneter

Ausschuss für Kultur, Schule, Sport und Städtepartnerschaft, AG Feste, Verwaltungsrat: Sparkasse Offenbach, Aufsichtsrat: SBB – Stadiongeseellschaft Bieberer Berg mbH



Philipp Schumann

Ehrenamtliches Magistratsmitglied

Hessischer Städtetag - Fachausschuss Verkehr



Michael Hartmann

Mitglied im Behindertenbeirat



Unsere Anträge 2025



Mietenwahnsinn stoppen

Die Mieten steigen rasant und bezahlbarer Wohnraum ist knapp – auch im vergangenen Jahr blieben Wohnungsnot und hohe Mietbelastung die größten Probleme des Offenbacher Wohnungsmarktes. Bereits 2018 mussten ein Drittel der Offenbacher*innen mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen aufbringen. Im vergangenen Jahr bescheinigte das Institut der deutschen Wirtschaft den Offenbacher*innen die niedrigste Kaufkraft Deutschlands. Grund dafür ist die hohe Mietbelastung.

Die Linke Fraktion will, dass Wohnen in Offenbach bezahlbar bleibt. Dazu haben wir im letzten Jahr einige Vorschläge gemacht:

Ferienwohnungen einschränken – Wohnraum vor Zweckentfremdung schützen

Ein wachsender Teil des knappen Wohnraums in Offenbach wird nicht regulär vermietet, sondern als Ferienwohnung über Plattformen wie Airbnb angeboten. Das ist in Ordnung, wenn Mieter*innen zum Beispiel im Urlaub ihre Wohnung untervermieten. Wenn Wohnungen aber auf Dauer als Ferienwohnung vermietet werden, verschärft das die Wohnungsnot zusätzlich.

Wir haben die Einführung einer Ferienwohnungssatzung beantragt, die solche

gewerblichen Kurzzeitvermietungen nur noch mit Genehmigung zulässt und die Wohnungen wieder dem normalen Mietmarkt zuführt. Andere Städte wie Frankfurt oder Darmstadt nutzen solche Satzungen seit Jahren erfolgreich. Dort konnten bereits hunderte Wohnungen zurückgewonnen und hohe Bußgelder verhängt werden.

Unser Antrag wurde abgelehnt, wir bleiben dran.



Leerstand mobilisieren – Wohnungen wieder nutzbar machen

Ein weiteres drängendes Problem ist der Leerstand. In Offenbach standen 2022 knapp 2500 Wohnungen leer – 823 davon seit über einem Jahr. Während Familien, Alleinerziehende und Menschen mit geringem Einkommen kaum Chancen auf dem angespannten Markt haben, bleiben viele Wohnungen ungenutzt. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Manche Eigentümer*innen haben Angst, dass die Miete nicht gezahlt wird oder dass Mieter*innen Schäden anrichten.

Wir als Linke wollen deshalb, dass der Magistrat ein Konzept entwickelt, das private Eigentümer*innen motiviert, leerstehende Wohnungen wieder zu vermieten. Kern der Idee: Die Stadt tritt



selbst als Mieterin ein, garantiert pünktliche Zahlungen und übernimmt einen Teil des Vermietungsrisikos. Anschließend gibt sie die Wohnungen als Untervermietungen zu fairen Preisen an Wohnungssuchende weiter. Für Eigentümer*innen entsteht Sicherheit, für die Stadt die Möglichkeit, kostenneutral Wohnraum im Bestand zu aktivieren, und für suchende Haushalte endlich ein Zugang zu bezahlbaren Wohnungen. Andere Städte machen bereits vor, wie solche Zwischenvermietungsmodelle wirkungsvoll funktionieren.

Unser Antrag dazu wurde angenommen, aber von SPD, Grünen und FDP geändert und sehr weit verwässert. Das Ergebnis stellt uns nicht zufrieden, wir bleiben dran.



Mietmarkt stärker kontrollieren – Schluss mit überhöhten Mieten

Zu hohe Mieten und Mietwucher sind auch in Offenbach ein Problem, denn oft verlangen Vermieter*innen Mietpreise jenseits des Erlaubten. Mietspiegel und Mietpreisbremse sind unbrauchbar, wenn sich niemand daran hält. In den Immobilienportalen im Internet kann man sehen, welche absurde Preise in Offenbach verlangt werden. Dagegen wollen wir vorgehen. Wir haben den Vorschlag gemacht, eine zentrale Anlaufstelle einzurichten, an die sich Mieter*innen wenden können, wenn ihre Miete mehr als 20 % über dem Mietspiegel liegt. In solchen Fällen kann die Stadt Bußgelder verhängen. Unsere Nachbarstadt Frankfurt bietet eine solche Anlaufstelle bereits an und kann positive Erfolge vorweisen.

Außerdem wollen wir – nach dem Vorbild der Stadt Freiburg – ein systematisches Monitoring von Neuvermietungen durchführen, um überzogene Preise frühzeitig festzustellen und Mieter*innen und Vermieter*innen auf die Einhaltung der Mietpreisbremse hinweisen.

Leider wurde unser Antrag abgelehnt, wir bleiben dran.



Busse, Bahnen und fahrscheinfreie Tage

Für Die Linke ist klar: Busse und Bahnen sind die wichtigsten Träger der Verkehrswende. Das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln muss deshalb gut und zugänglich sein. Entscheidend für die Attraktivität ist dabei natürlich auch der Preis. Die Linke kämpft schon lange für einen komplett kostenfreien ÖPNV. In Offenbach haben wir uns dafür mit zwei Anträgen in diese Richtung eingesetzt:

Den Druck erhöhen – gerechtere Gestaltung der Tarifzonen im RMV

Die S-Bahn ist eines der praktischsten Fortbewegungsmittel im Rhein-Main-Gebiet. Besonders Fahrten mit Einzeltickets sind aber teuer. Die Tarifgrenze zwischen Offenbach und Frankfurt wirkt wie eine „unsichtbare Mauer“ und trifft vor allem Gelegenheitsfahrende. Dazu kommt, dass immer mehr Bahnen ausfallen oder große Verspätungen haben. So überlegt man es sich zweimal, die S-Bahn zu benutzen, wenn mal ein Termin oder ein Besuch in der Nachbarstadt ansteht.

Die kurze Strecke vom Offenbacher Ledermuseum zur Konstablerwache kostet trotz nur 4,6 Kilometern rund 11 Euro für Hin- und Rückfahrt – ein aus Sicht vieler Bürger*innen nicht mehr zeitgemäßer Preis. Die Ticketpreise, vor allem bei so wichtigen, hochfrequentierten

Verbindungen wie zwischen Offenbach und Frankfurt, müssen dringend gesenkt werden.

Wir haben deshalb beantragt, dass sich der Magistrat über seinen Sitz im Aufsichtsrat des RMV für eine Reform der Tarifstruktur einsetzt und so etwas gegen die hohen Preissprünge zwischen benachbarten Kommunen unternimmt.

Der Magistrat und auch die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung wollten dabei aber nicht mitgehen und unser Antrag wurde abgelehnt.



Fahrscheinfreie Tage im Offenbacher Busverkehr

Viele Offenbacher*innen nutzen gerne und häufig den Bus. Als Linke wollen wir den Busverkehr in Offenbach noch stärker machen und mehr Menschen dafür begeistern. Deshalb haben wir beantragt, dass der Magistrat ein Konzept für fahrscheinfreie und damit kostenlose Tage im Offenbacher Busverkehr erarbeitet. Für die optimale Werbewirkung haben wir vorgeschlagen, die Aktionstage zu bestimmten Anlässen, wie z.B. dem Mainuferfest oder den Adventssamstagen zu starten.

Städte wie Stuttgart, Hannover, Tübingen oder Augsburg haben mit kostenlosen ÖPNV-Tagen bereits positive Erfahrungen gemacht. In Offenbach könnte ein solcher Tag besonders Menschen mit geringer Kaufkraft, Jugendliche oder Senior*innen entlasten – zumal die Ticketpreise in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind. Fahrscheinfreie Tage sind ein Anreiz, das Auto mal stehen zu lassen und mit dem Bus in die Stadt zu kommen. So reduziert man den Verkehr und stärkt lokalen Handel und Kultureinrichtungen.

Unsere Initiative hat gewirkt, so konnte man schon 2025 an fünf Samstagen um die Weihnachtszeit umsonst mit Bus und S-Bahn kostenlos und unkompliziert durch Offenbach fahren!



Kultur braucht öffentliche Orte

Städte brauchen Räume für Begegnungen, an denen Menschen miteinander in Kontakt kommen. Orte, die allen Menschen offen stehen, sind wichtig für das Zusammenleben in einer Gesellschaft. Das können Räume wie die Stadtbücherei, der Schultheis-Weiher, Spielplätze oder auch legale Graffiti-Flächen sein. Dazu haben wir im letzten Jahr verschiedene Initiativen auf den Weg gebracht und andere unserer Ideen aus den vergangenen Jahren hat die Stadt nun umgesetzt.

Räume der Stadtbücherei weiter öffentlich nutzen

Die aktuellen Räume der Stadtbücherei sind zu klein, um das Konzept einer modernen Bibliothek umzusetzen. Deshalb soll sie in einigen Jahren in das ehemalige Kaufhof-Gebäude umziehen. Das ist erfreulich, denn die Entwicklung kommt allen Offenbacher*innen zugute.

Aber was passiert nach dem Umzug mit den aktuellen Räumen? Bisher wurde nur beschlossen, dass der Bücherturm auch weiterhin für Veranstaltungen genutzt werden soll. Das schließt eine private Vermietung der anderen Räume nicht aus. Im Gegenteil: der Oberbürgermeister hat mehrfach betont, dass er sich eine Vermietung wünscht.

Aus Sicht der Linken müssen die Räume weiter öffentlich und kulturell genutzt



werden. Eine Privatisierung, wie sie bereits mit dem Lili Tempel oder der Villa Jäger im Dreieichpark geschehen ist, wollen wir verhindern.

Deshalb haben wir schon mehrfach beantragt, dass die Stadt ein Konzept für die Nachnutzung der Räume erarbeitet. Dabei sollen auch die anderen Flächen des Kulturkarrees einbezogen werden. In Offenbach gibt es viele Initiativen, die sich ehrenamtlich um die Förderung des kulturellen Lebens verdient machen – etwa in Kunstvereinen oder bei der Belebung des Rathaus-Pavillons. Es mangelt aber an Räumen, die von den Initiativen genutzt werden können.

Unsere Anträge dazu wurden bisher leider abgelehnt, aber wir bleiben dran!



Barrierefreie Wahllokale

Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, in einem Wahllokal zu wählen, das in der Nähe seiner Wohnung liegt und gut zu erreichen ist. Das gilt auch für Menschen mit Behinderungen. Die Linke setzt sich deshalb dafür ein, dass in allen Offenbacher Wahllokalen mindestens ein barrierefrei erreichbarer Wahlraum eingerichtet wird.

Auf der städtischen Homepage kann man leider nur sehen, welche Wahllokale als nicht barrierefrei eingestuft sind. Aus welchem Grund sie nicht barrierefrei sind, kann man nicht erkennen. Außerdem sind einige Standorte auf der städtischen Homepage als „nicht barrierefrei“ aufgeführt, die mittlerweile umgebaut sind und barrierefrei sein sollten.

Eine genauere Beschreibung wäre für



viele Menschen hilfreich. Menschen, die nicht gut sehen können, stehen vor anderen Barrieren als Menschen, die nicht gut laufen können. Wir haben beantragt, die Homepage zu aktualisieren und genauere Angaben zur Barrierefreiheit zu machen.

Der Antrag wurde abgelehnt. Wir bleiben dran!



Schultheis-Weiher

Der Schultheis-Weiher ist ein wertvolles Naturschutzgebiet und eine der wenigen Badegelegenheiten, die Offenbach aufzuweisen hat.

Damit der See im Sommer nicht kippt, wurde vor vier Jahren eine Phosphat-Eliminationsanlage angeschafft. Damals hieß es, die Anlage müsse fünf Jahre lang laufen, damit sie ihre volle Wirkung entfaltet. Im letzten Jahr wurde sie aber abgeschaltet, weil ihr Betrieb Kosten verursacht und die Stadt sparen muss. Dadurch wird der See wieder schneller kippen – mit negativen Folgen für Badebetrieb und ökologisches Gleichgewicht.

Wir meinen: es macht keinen Sinn, die Anlage erst für viel Geld anzuschaffen und sie dann einfach abzuschalten. Dass die Anlage Kosten verursacht, war

bereits bei ihrer Anschaffung klar.

Der Schultheisweiher ist ein Erholungsort für Mensch und Natur, deshalb hat die Stadt die Aufgabe, ihn zu pflegen.

Wir bleiben dran!



Cannabis-Modellprojekt

Seit 2024 kann man Cannabis zwar legal besitzen und zur Versorgung einer Anbauvereinigung beitreten oder bis zu drei Pflanzen selbst anbauen. Beide Möglichkeiten sind aber aufwendig und eher für regelmäßige Konsumenten geeignet. Verschiedene Städte planen deshalb Cannabis-Modellprojekte, bei denen Cannabis unter wissenschaftlicher Begleitung abgegeben wird, um die mit der Legalisierung verbundenen Fragen zu klären.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass in Offenbach ein Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis entsteht. Ähnliche Projekte sind bereits in anderen Städten geplant.

Leider wurde unser Antrag abgelehnt. Wir bleiben dran!





Bildung muss gerecht sein

Bildung bestimmt Lebenswege. Wir sind der Meinung, die Ausbildung eines Kindes darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Arbeiterkind bleibt Arbeiterkind?

Der Erziehungs- und Bildungsbericht bestätigt erneut eine traurige Realität: Die soziale Herkunft entscheidet noch immer maßgeblich über die Bildungschancen – wer arm ist, macht im Durchschnitt seltener Abitur.

In Offenbach, der Stadt mit der geringsten Kaufkraft in ganz Deutschland, liegt die Abiturquote mit 14,9 % weit unter dem hessischen Durchschnitt. Gleichzeitig verzeichnet unsere Stadt im Vergleich der hessischen Großstädte den höchsten Anteil an Schulabgänger*innen, die lediglich über einen Hauptschulabschluss verfügen, sowie eine alarmierend hohe Zahl an Jugendlichen ganz ohne Abschluss. Damit verfestigt sich soziale Ungleichheit weiter.

Leider kommen aus der Bundespolitik nur Kürzungen in Offenbach an. Ein Beispiel ist die Kürzung der Eingliederungsmittel der MainArbeit von 9,3 Millionen Euro im Jahr 2023 auf 2,3 Millionen Euro im Jahr 2025. Dadurch können wesentlich weniger Sprach- und Qualifizierungskurse angeboten werden. Allein in Offenbach werden 5000 Menschen weniger als zuvor adäquat für einen



Arbeits- oder Ausbildungsplatz vorbereitet werden können.

Der Abbau sozialer Ungleichheit bleibt eine der dringendsten Aufgaben im Bildungssystem. Denn gerade im Bildungsbereich führt die Gleichbehandlung von Ungleichem zur Festigung von sozialer Ungerechtigkeit. Wir sprechen hier von einem strukturellen Problem, denn Deutschland ist, was Bildungsgerechtigkeit angeht, im Vergleich zu anderen Industriestaaten weit abgehängt. Chancengleichheit auf dem Papier bedeutet in unserer Gesellschaft eben nicht automatisch Chancengerechtigkeit.

Ganztag an Schulen

Während also die finanziellen Mittel drastisch gekürzt werden, steigen die Anforderungen an die Stadt kontinuierlich – so muss diese ab dem Schuljahr 26/27 den geltenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung umsetzen. In der Offenbacher Stadtverordnetenversammlung haben wir in diesem Jahr die Rahmenbedingungen hierfür verabschiedet, damit die Schulen Planungssicherheit haben. Doch ohne weitere finanzielle Unterstützung durch Land und Bund bleibt der Stadt nur Mangelverwaltung.

Wir als Linke sind der Überzeugung, dass der Ganzttag ein enormes Potenzial hätte, der sozialen Ungleichheit im Bildungssystem etwas entgegenzusetzen. Mit einer echten individuellen Förderung über den ganzen Tag hinweg könnten strukturelle Ungleichheiten der sozialen Herkunft zumindest teilweise abgefedert werden, weil Lernen in die Schule gehört und nicht ins Wohnzimmer der Eltern!

Doch klar ist: Ohne die notwendigen finanziellen Ressourcen droht der Ganztagsanspruch zu einer bloßen Aufbewahrung abgewertet zu werden. Die Stadt muss bei der Qualität sparen und letztlich riskieren, dass dieses Projekt in eine bildungspolitische Abwärtsspirale gerät. Die Mittel für den Ganzttag müssen erhöht werden, alles andere ist in diesen Zeiten nicht tragbar. Die strukturelle Unterfinanzierung der

Kommunen gefährdet massiv das soziale Zusammenleben und die Zukunft und Bildungschancen der jungen Generation. Denn dagegen wären eigentlich massive Investitionen in die Qualität unserer Lernorte nötig.

Lehrer*innen, Erzieher*innen, Schulsozialarbeiter*innen, sie alle fehlen an jeder Ecke. Um dem entgegenzuwirken braucht es gute Arbeits- und Rahmenbedingungen für alle Beschäftigten im Ganzttag mit hochqualifiziertem Personal in multiprofessionellen Teams. Denn mehr Personal, heißt auch mehr Zeit für jedes Kind. Neben einer guten und kostenfreien Verpflegung für Kinder, braucht es vor allem endlich eine Schule für alle, eine Schule in der Schluss ist mit dem Aussortieren nach der vierten Klasse.



Links wirkt!

Wir freuen uns, dass einige unserer Initiativen nun umgesetzt wurden. Diese Veränderungen haben wir im vergangenen Jahr in Offenbach bewirkt:

Offenbach hat jetzt legale Graffitiflächen

2021 hat das Stadtparlament auf Initiative der Linken beschlossen, legale Graffitiwände auszuweisen. Nun ist es so weit: In Offenbach gibt es Flächen, an denen Kunstwerke entstehen und neue Ideen ausprobiert werden können.



Heimwegtelefon

Das Heimwegtelefon ist ein Service, bei dem man anrufen kann, wenn man sich auf dem Heimweg unwohl fühlt und von jemandem am Telefon nach Hause begleitet werden möchte. Dazu hat das Stadtparlament unseren Antrag angenommen. Offenbach leistet nun einen Beitrag dazu, dass nächtliche Wege sicherer werden.

Das Heimwegtelefon erreicht ihr über diese Telefonnummer: **030 12074182**

Weitere Informationen zum Heimwegtelefon unter: **www.heimwegtelefon.net**



Hitzeschutz jetzt – Spielplätze brauchen Schatten

Viele Spielplätze haben keinen ausreichenden Sonnenschutz. Besonders die Spielflächen sind oft den ganzen Tag über der prallen Sonne ausgesetzt. Gerade bei starkem Sonnenschein besteht deshalb ein gesundheitliches Risiko für die Kinder.

Wir haben beantragt, dass die Stadt bis zum nächsten Sommer für genug Schatten sorgt, zum Beispiel durch Sonnensegel über den Sandkästen, die man im Herbst wieder abbauen kann.

SPD, Grüne und FDP haben dieser Forderung zugestimmt und für das Projekt Geld eingeplant. Wir bleiben weiter dran, damit unsere Spielplätze schnell einen passenden Sonnenschutz bekommen.



LINKS WIRKT!

Im März 2026 wird das Stadtparlament neu gewählt. Die Linke tritt mit einer starken Liste aus erfahrenen Stadtverordneten und neuen Mitgliedern mit frischen Ideen an.

Wir freuen uns, wenn wir weiter linke Ideen in die Stadtpolitik einbringen können. Offenbach braucht eine starke linke Stimme, damit die Stadt für alle Menschen lebenswert bleibt.



Texte:

Marion Guth, Can Karadeniz, Manuel Weigand

Bildnachweise:

Matthias Bedenk: Seite 6 (o.r.), Seite 7 (o.r.), Michael Hartmann: Seite 7 (u.l.)
Can Karadeniz: Seite 5, Roberts Pods: Seite 6 (o.l.), Janina Spiegel: Deckblatt,
Seite 6 (u.l., u.r.), Seite 8, Seite 11, Seite 12, Seite 13, Seite 14, Seite 15, Seite 16
(l.), Seite 17, Seite 20, Seite 21, Seite 22, Privat: Seite 7 (o.l.), Stockfoto Canva:
Seite 16 (r.), Seite 18, Seite 19, Seite 20 (Hintergrund r.)

Layout und Design:

Janina Spiegel

